



BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

Privatisierung der Wasserversorgung
(Referent: Oberbürgermeister Dr. Lehmann)

Beratungsabfolge

Sitzung	Datum	Beschlussqualität
Stadtrat	28.02.2013	Entscheidung

Antrag:

- I. Es besteht Einigkeit, dass die Ingolstädter Trinkwasserversorgung in kommunaler Hand bleibt.
- II. Resolution:
 1. Der in der Anlage formulierten Resolution wird zugestimmt.
 2. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Entscheidung an die EU-Kommission weiterzuleiten.

Dr. Alfred Lehmann
Oberbürgermeister

Beschluss:

Stadtrat vom 28.02.2013

Mit allen Stimmen:

- I. Es besteht Einigkeit, dass die Ingolstädter Trinkwasserversorgung in kommunaler Hand bleibt.
- II. Resolution:
 1. Der **nachstehend formulierten** Resolution wird zugestimmt.
 2. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Entscheidung an die EU-Kommission **und das Europäische Parlament** weiterzuleiten.

Erhalt der kommunalen Trinkwasserversorgung

Der Stadtrat der Stadt Ingolstadt appelliert an die EU-Kommission und das Europäische Parlament, den Richtlinienentwurf zur Vergabe von Dienstleistungskonzessionen in Bezug auf die Privatisierung der Wasserversorgung nicht weiter zu verfolgen.

Begründung

In Ingolstadt wurden beginnend mit der Umstrukturierung der Stadtwerke im Jahr 2000 stets Vorkehrungen getroffen, um die Wasserversorgung im Bürgervermögen und unter demokratischer Kontrolle zu sichern. Die Ingolstädter Kommunalbetriebe AöR bereiten das Wasser auf, arbeiten nach dem Kostendeckungsprinzip und verteilen Wasser von bester Qualität, zum günstigsten Preis und mit höchster Effizienz. So erhielten sie 2008 die Auszeichnung als Bayerns effizientestes Wasserversorgungsunternehmen. Diese Organisationsform bietet den bestmöglichen Schutz, günstige Preise und höchste Qualität zu sichern.

Wasser ist ein Lebensmittel, ein wichtiger Baustein der Daseinsvorsorge und nicht eine beliebige, dem Wettbewerb und Gewinnstreben zu unterwerfende Handelsware.

Die von der Europäischen Kommission geplanten Neuregelungen bei der Vergabe von Trinkwasserkonzessionen könnten für die Stadt erhebliche Nachteile bringen. Es ist zu befürchten, dass Großkonzerne die Wasserversorgung in Ingolstadt übernehmen könnten.

Die Forderungen des Deutschen und Bayerischen Städtetages, des Wirtschaftsausschusses des Bundestages sowie des Bundesrates, die Wasserversorgung aus der EU-Richtlinie heraus zunehmen, werden von der Stadt Ingolstadt ausdrücklich unterstützt.